

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonellzeile
oder deren Raum 25 Pfg.
Reklamen 60 Pfg.

Bezugspreis
monatlich 90 Pfg., mit Bringer-
lohn 95 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Postgebühren.

Erscheinung: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 92.

Samstag, den 9. August 1919.

27. Jahrgang

Die neue Reichsabgabeordnung.

Der Entwurf einer Reichsabgabeordnung ist der Nationalversammlung zugegangen. Die Reichsabgabeordnung soll alles zusammenfassen, was die Reichsabgaben an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Gerade weil der Reichsteuerbedarf in der Folge so außerordentlich schwer sei, ist es, um ihn erträglich zu gestalten, notwendig, daß alle Steuerpflichtigen gleichmäßig und den Verhältnissen des Einkommens entsprechend belastet werden. Andererseits sollen und müssen die Rechte der Pflichtigen geschützt sein. Um das zu erreichen, müssen die Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden, denen die Untersuchung und Entscheidung in den Steuerstreitverfahren obliegen, überall in gleicher Weise eingerichtet sein. Es bedarf der einheitlichen Zusammenfassung der gesamten Steuerbehörde in der reichseigenen Verwaltung. Nur hierdurch kann es gelingen, den ungeheuren Steuerbedarf des Reiches zu decken, ein Ziel, das schon infolge des Friedensvertrages erreicht werden muß. Wenn das Reich nicht bezahlt, kann jedes Land unmittelbar haftbar gemacht werden. Die Besteuerung wird außerordentlich schwer werden. Darüber und heute niemand mehr im Zweifel sein. Die Pflichten, die dem einzelnen im Interesse der Besteuerung auferlegt werden, müssen daher im ganzen Anwendungsgebiet, d. h. im Reich, gleichmäßig und so geordnet werden, daß die Gesetze auch wirklich durchgeführt werden können. Die Regelung muß sich natürlich auch auf die Behörden erstrecken. Auch hier bedarf es des einheitlichen Zusammenfassens der gesamten Steuerbehörden in einer reichseigenen Verwaltung, d. h. in Zukunft wird Träger aller Steuern das Reich sein, und dieses wird die Veranlagung und Regelung der Steuern durch eigene Organe durchführen. Als Gründe für die reichseigene Verwaltung sind in erster Linie zu nennen, daß die ganze Entwicklung der Neuzeit zu einer einheitlichen Verwaltung formell zwingt, daß ferner der Steuerbedarf des Reiches so außerordentlich gestiegen ist, daß eine einheitliche Erfassung der Steuerquellen erforderlich ist. Die Tatsache, daß der Ertrag der Steuern auf das Fünftache gesteigert werden muß, ergibt von selbst, daß der Hauptbezugspunkt des Reiches ist und daß, wenn das Reich die Mehraufgaben überhaupt bewältigen soll, die Steuerverwaltung erheblich verstärkt, wesentlich umgestaltet und zum Teil neu ausgebaut werden muß. All dies führt zu einer reichseigenen Steuererhebung und Verwaltung.

Neue Streikdrohung.

Berlin, 8. Aug. Der neue drohende Streik der Eisenbahner in Mitteldeutschland wird von allen Seiten sehr ernst genommen. Während das preußische Eisenbahnministerium sich an der Erfurter Vereinbarung halten hat, haben die Führer der Erfurter Bewegung schon im vorigen Monat mit der Bildung eines Streikbundes für Mitteldeutschland begonnen. Agitationsreisen werden, wie die „Voss. Ztg.“ bemerkt, unternommen, um die Beamten zu bewegen, sich dem Streikbündel anzuschließen. Häufig ist auch von den Mitteln der Drohung Gebrauch gemacht worden. Eine Verhinderung unseres Transportwesens, auch für kurze Zeitdauer könnte der Todesstoß für das erschöpfte Deutschland werden.

Weitere Verbilligung der Lebensmittel.
Bz. Berlin, 8. Aug. Nach einer Meldung des „Kölnischen Volksboten“ aus Dresden will die Reichsregierung neue große Mittel bereitstellen zum Zwecke der weiteren Verbilligung der Lebensmittel.

Helfferich gegen Erzberger.

Bz. Darmstadt, 8. Aug. Finanzminister a. D. Helfferich hielt heute abend vor einer weit über 100 Zuhörern zählenden Menge einen Vortrag über die Reichsfinanzpläne, die er als unbrauchbar und schädlich für das Volk verwarf. Er erklärte dann, daß er gegenwärtig sei, seinen Kampf gegen Erzberger persönlich weiter zu führen, weil er von der Sache nicht trennen sei. Erzberger sei als Finanzminister der Reichsregierung ein Dilettant. Als Politiker habe er die einzige Möglichkeit, zu einem Verständigungsfrieden zu kommen, in den Frühmonatsmonaten 1917 zunichte gemacht. Helfferich schloß, indem er sagte, er werde den Kampf gegen Erzberger im Interesse des Reiches fortführen.

Das angebliche Friedensangebot.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis veröffentlicht in Berliner Blättern folgende Erklärung nach Besprechung mit Hindenburg, Ludendorff und Helfferich in Gemeinschaft mit diesen:

Am 5. September 1917 ging in Berlin das Schreiben des apostolischen Nuntius in München an den Reichskanzler ein, das auf Grund einer in Abschrift beiliegenden Mitteilung der britischen Regierung an den britischen Gesandten beim Vatikan der kaiserlichen Regierung eine Erklärung über ihre Absichten bezüglich Belgiens nahelegte und dabei als Überzeugung des Kardinalstaatssekretärs aussprach, daß durch eine befriedigende Erklärung ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Nuntius eingehend besprach, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinalstaatssekretärs zwar die starke Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensfühlers vorliege, daß jedoch aus dem von dem Nuntius mitgeteilten Text der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergebe, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn v. Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn v. Kühlmann vorgezeichneten neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondiert werden sollte. Um der politischen Leitung für diese Aktion die nötige Bewegungsfreiheit zu sichern, erschien mir eine solche Instanz bindende Entscheidung des Kaisers erforderlich. Diese Entscheidung habe ich in dem am 11. September 1917 im Schloß Bellevue zu Berlin abgehaltenen Kronrat eingeholt.

Mit dem Staatssekretär des Auswärtigen war ich der Ansicht, daß der Schritt des Münchener Nuntius die vorläufige und diskretionäre Behandlung erfordere. Es wurde deshalb sowohl den Ministern und Staatssekretären, wie auch den Herren von der Obersten Heeresleitung nur die Tatsache mitgeteilt, daß von neutraler Seite beim Reichskanzler ein Schritt unternommen worden sei, der auf einen englischen Friedensfühler schließen lasse, und daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens als Voraussetzung für das Betreten dieses Weges bezeichnet werde. Dagegen wurde weder im Kronrat noch in den vorher und nachher erfolgten Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht, auf dem die Angelegenheit an die politische Leitung gelangt war, noch auch über den Weg, auf dem die Angelegenheit weiterverfolgt werden sollte. Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Armee und der Marine aufgefördert hatte, ihre Ansichten über die für die Beurteilung dieser Frage in Betracht kommenden militärischen und maritimen Gesichtspunkte vorzutragen, sprach sich der Chef des Admiralsstabes dafür aus, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Aussicht auf die erprobte Lage des für die Kriegsführung durch keine kriegswirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinischen-weißrheinisches Industriegebietes und die weitere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Vorschlags mit dem Vorbehalt einer eventuellen Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte. Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrag weiter eröffnet, unsererseits sei Voraussetzung für Verhandlungen mit England: Die Erhaltung unseres Westlandes vor dem Kriege, einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abstinenz von dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege. Der von dem Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichte Briefwechsel zwischen mir und dem Feldmarschall von Hindenburg vom 12. und 15. September 1917, der übrigens in der amtlichen Wiedergabe um die für das Verständnis wichtigen Schlüsselsätze meines Schreibens gekürzt ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Es handelt sich bei den militärischen

Wünsche wie bei den wirtschaftlichen Wünschen Belgiens nicht um Vorbehalte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die dem Brief des Feldmarschalls beigefügte Denkschrift des General Ludendorff vom 14. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht. Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingeengt oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Bereitschaft zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinal-Staatssekretär und der Apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Ich weise somit die gegen mich erhobenen Vorwürfe zurück, in meiner Eigenschaft als Reichskanzler irgend etwas versäumt zu haben, was bei dem Fortleben einer ernstlichen Verhandlungsbereitschaft Englands hätte zum Frieden führen können. Desgleichen weise ich die gegen den Feldmarschall von Hindenburg, den General Ludendorff und den damaligen Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich erhobenen Anschuldigungen zurück. Diese Herren waren sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt. Sie haben nichts getan, wodurch die auf den Frieden gerichtete Aktion der politischen Leitung in irgendeiner Weise durchkreuzt oder erschwert worden wäre. Mit den genannten Herren spreche ich die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Neuherstellung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen von Kühlmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, die obige Darstellung befähigen würde. Ich halte mit den genannten Herren diese Neuherstellung für nötig, um zur Beruhigung großer Teile des deutschen Volkes beizutragen, die durch die wahrheitswidrige Darstellung des Reichsfinanzministers in Erregung versetzt worden sind. (gez.) Michaelis.

Die Unterzeichneten bestätigen, daß die obige Darstellung, soweit sich die Dinge unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Kenntnis abgespielt haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht. (gez.) v. Hindenburg. (gez.) Ludendorff. (gez.) Helfferich.

Zur Friedensfrage.

Der Friedensvertrag.

Der Friedensauschuss der französischen Kammer lehnte vier Resolutionen des Abgeordneten Martin mit Bemängelungen des Friedensvertrages ab. Im Friedensauschuss des Senats erstattete Dienverp-Martin Bericht über die Verantwortlichkeiten, Cheron über das internationale Arbeitsrecht und Leon Bourgeois über den französisch-englisch-amerikanischen Garantievertrag. Nach dem „Matin“ sagte Barthou in dem Generalbericht, daß trotz Clemenceaus Ausführungen die Zweifel an der militärischen Hilfe Englands und Americas bei einem Angriff Deutschlands fortbeständen, zwar nicht hinsichtlich der Aufrichtigkeit des Versprechens, sondern betreffs der Zeit und der Art seiner Ausführung, solange Belgien nicht beteiligt gewesen sei.

Deutschland und Polen.

Ueber die deutsch-polnischen Verhandlungen schreibt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“, daß auf das Ansuchen der Reichsregierung eine Antwort des Verbandes eingegangen ist, in dem dieser sein grundsätzliches Einverständnis mit der Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin erklärt, jedoch die Notwendigkeit betont, daß die Alliierten als Garantien des Friedensvertrages bei diesen Verhandlungen vertreten seien. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung gegen die Teilnahme und Vertretung des Verbandes nichts einzuwenden haben wird. Es ist ausgeschlossen, daß der Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, mit der Vertretung des Verbandes betraut wird. Dupont hat in den letzten Tagen eine Reise nach Warschau unternommen und es ist möglich, daß diese mit der Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Verbindung steht.

Die Schuld am Kriege.

Wiedergefundene Dokumente.

Die deutsche Viererkommission, bestehend aus den Professoren Hans Delbrück, Wendtsohn-Karby, Graf Montgelas und Max Weber, die den Bericht über die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch zu verfassen hat, veröffentlicht folgende Erklärung:

Bei der Abfassung des Berichts über die Verantwortlichkeit mit am Kriegsausbruch war der deutschen Viererkommission unbekannt, daß der Bericht des bayerischen Legationsrates von Schön vom 18. Juli 1916 in der damaligen vorliegenden Fassung mehrere Irrtümer enthielt. Aus den inzwischen von Schön in der „Allgemeinen Zeitung“ vom 2. August im Beiblatt zur Neuausgabe veröffentlichten Aufklärung geht hervor, daß die irrtümliche Darstellung des Berichtes, als dessen Verfasser unrichtigerweise der vom 4. 7. bis zum 26. 7. kurlaubende von Berlin abwesende bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld gezeichnet war, darauf zurückzuführen ist, daß wesentliche Stellen des Berichtes weggelassen waren. Diese Stellen beweisen neuerlich, daß die Reichsleitung den europäischen Krieg nicht gewollt und betrieben, sondern von Anfang an auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Österreich und Serbien hingearbeitet hat und ernstlich bestrebt war, alle Anlässe zu einem europäischen Krieg auszuschalten.

Zur Begründung der außerordentlichen Verspätung dieser Aufklärung teilt Schön mit, daß bei Nachforschungen nach seinem Bericht sowohl das Konzept aus den Berliner Gesandtschaftsakten als auch das Original aus dem Archiv des Münchener Ministeriums des Äußeren verschwunden war. Erst durch Hausungen bei der Witwe Eisners, Lehrenbach, wurden sie wieder zu Tage gefördert.

Die Unterzeichneten ersuchen die Reichsregierung, bei Neuausgabe des Weisbuches 1919 die vorstehende Erklärung drucken zu lassen.

Die Lage in Ungarn.

Die Blockade aufgehoben.

Neuer meldet aus Sofia: Der Oberste Rat in Paris hat beschlossen, die Blockade gegen Ungarn aufzuheben.

Auflösung des Erzherzogs Josef.

Nach einer Meldung des Ungar. Korresp.-Büro. ist in Budapest eine Auflösung des Erzherzogs Josef angekündigt, in der es u. a. heißt: Es droht eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz nicht vereint mit der nächsten Arbeiterschaft und dem ackerbauenden Volke mit harter Hand Ordnung schafft. Eine weitere Auflösung gibt folgende Mitglieder des vorläufigen Kabinetts an: Ministerpräsident der frühere Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Inneres, Justiz, Finanzen, General Tancos, Kultus und Unterricht Dr. Imre Krieg General Schmezer, Handel und Gewerbe interimistisch Friedrich, Finanzen Dr. Grün, Volkshygiene Dr. Gyller, Ernährung interimistisch und Defekt, Ministerium der nationalen Angelegenheiten Dr. Meyer, Justiz Dr. Szasch, Ackerbau Dr. Goery. In einigen Tagen soll ein Übergangsministerium nach Anhörung der Bürgerschaft und des ackerbauenden Volkes mit der Arbeiterschaft gebildet werden.

Verbraute Geheimnisse.

Der Gesandte der ungarischen Volksrepublik in Wien, Boehm, gab seine Demission. Die Wiener „Zeit“ meldet: Der ungarische Gesandte Boehm ist nach Verbrennung sämtlicher Geheimnisse in einem Auto aus Wien abgefahren.

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

87) „Ich will es mir merken. Aber häßlich ist dies alles doch. Es bedrückte mich. Bitte, laß uns von anderen Dingen reden.“

Sie drückte das Fach wieder zu, und sie ließen sich wieder in ihre Sessel nieder. Er sah sie voll Mitleid an, weil sie so traurig war.

„Morgen um diese Zeit bin ich in Berlin“, sagte er leuchtend.

Auch Josta leuchtete.

„Leider, Henning. Ich werde dich sehr vermissen.“

Seine Augen leuchteten auf. Um es zu verbergen, beugte er sich über ihre Hand und küßte sie. Und dann trat er von ihr fort an den Kamin und stützte den Arm auf das Sims desselben.

„Wirklich, Josta! Willst du mich ein wenig vermissen?“ fragte er, seiner Stimme Festigkeit gebend.

Sie nickte ihm mit herzlichem, unbefangenen Lächeln zu.

„Nicht nur ein wenig, lieber Henning, sondern sehr. Sieh, Rainer und Gerlinde haben sich so viel zu sagen, woran ich kein Teil habe. Ich kann auch nicht so geistreich plaudern, wie Gerlinde. Und da komme ich mir dann zwischen den beiden klugen Menschen oft recht überflüssig vor. So lange du hier bist habe ich das nie empfunden, mit dir plaudert es sich gut und leicht. Da fehlen mir nie die Worte, und ich komme mir auch nicht so schrecklich unbedeutend vor.“

„Wie kannst du das überhaupt tun?“ sagte er, bis ins Herz hinein bewegt von ihrer Liebschaft. „Du bist viel klüger und viel tiefer als Gerlinde. Die schwimmt immer nur auf der Oberfläche.“

„Das ist eben die Kunst“, sagte sie eifrig. „Ich bin viel zu gründlich und schwerfällig und kann nicht so amüßant plaudern. Nein, nein — du mußt nicht aus Höflichkeit widersprechen, das braucht es nicht zwischen uns; wir sind Bruder und Schwester. Ich will mich jetzt schon darauf freuen, wenn du wiederkommst nach Ramburg. Wann wirst du wieder Urlaub haben?“

Flüchtet. In der Gesandtschaft erschienen ungarische Journalisten und Offiziere und verprügelten das Gesandtschaftspersonal und warfen es aus dem Gesandtschaftsgebäude heraus.

Bela Kun.

Bela Kun und die beiden Spießgesellen, die mit ihm zugleich geflüchtet sind, sind in Thaya, in einer Mühle bei Omlitzgraben Bezirk Raab, untergebracht. Dort wurden für sie die nötigen Räume durch die Bezirkshauptmannschaft requiriert. Sie werden von einer verhältnismäßig starken Gendarmerieabteilung bewacht und dürfen die Mühle und den dazu gehörigen Obstgarten nicht verlassen, auch keinen Besuch empfangen. Sie sind also interniert. Ihr Infognito wird durch falsche Namen bewahrt, auf die ihnen eigens Pässe ausgestellt worden sind.

Der hauptstädtische Magistrat und der Bürgermeister Dr. Bodh haben ihre Befugnisse wieder übernommen.

Zum Ernährungsminister wurde der Generaldirektor der Atlantica-Schiffahrtsgesellschaft Dr. Polnaw ernannt.

Die ersten Truppen der Szegediner Gegenregierung sind unter den Klängen der ungarischen Nationalhymne in Budapest eingezogen.

Es verlautet, daß die kommunistischen Volkskommissare, die in Budapest die Regierung innehaben, vor einen Staatsgerichtshof gestellt werden.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Nationalversammlung liegt der Entwurf einer Verordnung gegen den Wucher bei Vermietung von Mieträumen vor, der demnächst verabschiedet werden soll. Nach dem Entwurf soll das Angebot von Belohnungen für den Nachweis von Mieträumen mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark bestraft werden. Die gleiche Strafe trifft den, der sich Prämien zahlen läßt. Alle diesbezüglichen Inzerate sollen verboten werden. Verboten soll auch sein das Anbieten von Wohnungen unter der Bedingung des gleichzeitigen Erwerbes von Einrichtungsgegenständen. Dagegen bleibt das Vermieten möblierter Wohnungen und Einzelzimmer erlaubt.

Der Reichsfinanzminister Erzberger ist es gelungen, den Widerspruch der Einzelstaaten gegen die in der Abgabenordnung festgelegte verabschiedete Steuerverwaltung zu überwinden. In der Sitzung des Staatenausschusses gab ein Antrag Preußens den Ausschlag, der zwar die Reichsfinanzverwaltung in ihrer geforderten Selbständigkeit etwas einschränkt, im großen und ganzen aber die reichseigene Steuerverwaltung unangestoßt läßt. Dieser Antrag, der Annahme fand, verlangte, daß den Staaten und Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer ein Anteil zurückzuerstatten sei, der dem Durchschnittsvertrag einer bestimmten Anzahl von Jahren entspreche. Nachdem Preußen nach der Annahme dieses Antrags seinen Widerstand gegen die reichseigene Steuerverwaltung nicht aufrecht erhielt, haben auch weitere Staaten ihre ablehnende Haltung gegen die reichseigene Steuerverwaltung aufgegeben, die in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen Bayerns, Sachsens und Württembergs angenommen wurde. Die Reichssteuerhoheit soll bereits zum 1. Oktober eingerichtet werden. Deshalb wird sofort mit der Ausbildung von Finanzbeamten dafür begonnen.

„Ich denke Weihnacht. Wenn ich darf, verleihe ich es in Ramburg.“

Sie lächelte ihm zu.

„Zweifeltst du daran? Wir werden uns sehr freuen, auch Rainer natürlich. Schön wird das werden. Ich hatte mich schon sehr auf Papa gefreut, er hätte mit verprochen, Weihnacht mit uns in Ramburg zu verleben. Nun wird er nie mehr Weihnacht mit mir feiern.“

Tränen verdunkelten ihren Blick. Er trat schnell zu ihr heran und faßte ihre Hand.

„Nicht weinen, Josta, ich kann es nicht sehen, wenn du weinst“, sagte er erregt und küßte ihr wieder und wieder die Hand. Sie empfand seine Teilnahme tröstend.

In demselben Augenblick trat die Gräfin ein, sie hatte die letzten Worte Hennings noch gehört und sah sehr wohl, daß die beiden jungen Leute sehr erregt waren. Sie hätte nicht gestört, aber Rainer folgte ihr auf dem Fuße.

„O, wie könnt ihr bei diesem herrlichen Spätsommertag im Zimmer sitzen! Es ist wundervoll warm draußen. Kommt doch hinaus.“

Josta war ein wenig verlegen, weil sie daran dachte, was sie vorher mit Henning über Gerlinde gesprochen hatte. Sie vermochte nur einige unsichere Worte hervorzustammeln.

Die Gräfin schien jedoch nicht darauf zu achten. Und gleich darauf erschien Graf Rainer. Sie gingen alle hinaus auf die Terrasse, wo Josta, da es wirklich sehr warm war, den Tee servieren ließ.

Am nächsten Vormittag reiste Graf Henning ab. Sein Abschied von Josta war kurz und hastig. Er vermied es, sie anzusehen.

Graf Rainer fuhr seinen Bruder selbst zum Bahnhof. Und als sie von einander Abschied nahmen, warf sich Henning, von seiner Erregung übermannt, in die Arme seines Bruders. Der heiße Schmerz darüber, daß er dem geliebten Bruder seinen teuersten Besitz neiden mußte, brannte wie Feuer in seiner Seele.

„Rainer — mein lieber Rainer“, murmelte er halbersticht.

Auerlei Nachrichten.

Zur Abdankung des Kaisers.

Zur Vorgeschichte der Abdankung des Kaisers veröffentlicht die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ der Deutsch-Hannoverschen Partei, einen Brief Scheidemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichskanzler Prinz Max von Baden, in dem Scheidemann unter Hinweis darauf, daß durch das Zensurverbot der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen sei, durch Diskussion die Frage zu klären, die zu einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden sei, zu folgenden Forderungen kommt: Aus diesen Gründen sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderungen, die in der Presse nicht gestellt werden dürfen, im Kabinett zu stellen, nämlich diese:

Die Herren Staatssekretäre möchten den Reichskanzler bitten, dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.

Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn im Deutschen Reich die vollzogene Aenderung des Systems durch den Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der vorgeschlagene Schritt nur hinausgezögert, aber nicht verniedert werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der Gesamtlage die Konsequenzen, die nach Auffassung zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell wie möglich zieht.

Falkenhahn für den Kaiser.

Aus Zürich wird berichtet: Generaloberst von Falkenhahn hat dem Obersten Rat der Alliierten ein Schreiben überreicht des Inhalts, daß er sich an Stelle Wilhelms 2. zur Verfügung stelle und die Verantwortung für alle Befehle übernehme, die von der deutschen Obersten Heeresleitung in der Zeit vom 4. September 1914 bis 29. August 1916 gegeben wurden.

Sichhorn.

Einiges Aufsehen erregte beim Wiederbeginn der Nationalversammlung der unabhängige Abg. Sichhorn, der frühere Polizeipräsident von Berlin, der zum ersten Male in Ausübung seines Mandates in der Nationalversammlung erschienen ist. Im allgemeinen beachtet man diesen Volksvertreter wenig.

Anschlag gegen Seitz und Renner?

Die Wiener Blätter melden die Verhaftung eines Mannes, der von einer anderen Person, deren Name noch unbekannt ist, gedungen wurde, um den Präsidenten Seitz und den Staatskanzler Dr. Renner zu ermorden. Es ist bisher nicht gelungen, ein klares Bild der Angelegenheit zu gewinnen und es besteht auch noch keine Sicherheit, welches die Motive des Mordplanes gewesen sind. Die polizeilichen Erhebungen erstrecken sich namentlich nach der Richtung, ob etwa weitere Personen an der Verschwörung beteiligt sind.

Die französische Handelsmarine.

Im „Petit Parisien“ erklärt eine hochstehende Persönlichkeit der Schiffsbaubranche, die Regierung habe an die französischen Reeder appelliert, möglichst viel Frachtschiffe zu bauen oder zu kaufen, um den Stand der französischen Handelsmarine auf fünf Millionen Tonnen zu bringen, so daß Frankreich künftig in der Lage sein werde, seinen ganzen Außenhandel mit eigenen Mitteln zu bewältigen. Ferner habe die Regierung einen Kredit von 1 800 000 Franken bewilligt, um Passagierdampfer zu bauen, die sie denjenigen Gesellschaften in Aussicht zu geben beabsichtige, die die Kosten nicht selber tragen könnten.

Graf Rainer fürchtete sich, in der Seele seines Bruders zu lesen. Aber auch er preßte ihn trampfhaft an sich.

„Gott mit dir, mein Henning! Und auf frohes Wiedersehen Weihnacht.“

„So Gott will — auf Wiedersehen!“ erwiderte Henning gepreßt.

Schnell stieg er in das Abteil seines Zuges. Vom Fenster aus sah er noch einmal dem Bruder mit brennenden Augen ins Gesicht. Es lag wie eine stumme Bitte um Verzeihung darin.

Graf Rainer sah empor in das blasse zuckende Gesicht. Und plötzlich streckte er die Hand noch einmal nach ihm aus.

„Henning — wir werden uns immer dieselben bleiben, nicht wahr? Kein Schatten soll zwischen uns stehen. Ich darf dich mahnen, daß ich ein Anrecht auf dein Vertrauen habe. Wenn dich etwas drückt und quält, für alles wirst du bei mir Verständnis finden, mein lieber Junge. Vergiß das nie“, sagte er mit bebender Stimme.

Henning schloß erst das Blut ins Gesicht, dann wurde er bleich wie ein Kranke. In seinen Augen schimmerte es feucht.

Er konnte nicht sprechen. Er preßte nur des Bruders Hand fest in der seinen und nickte. In demselben Augenblick setzte sich der Zug in Bewegung. Auge in Auge blieben die Brüder, bis sie einander nicht mehr erkennen konnten. „Ich darf ihn nicht verlieren — und müßte ich auch das größte Opfer bringen“, dachte Rainer, während er zu seinem Wagen schritt.

Graf Henning warf sich aufstöhnend in die Wagenpolster. „Nicht eher darf ich wiederkommen, als bis ich diese unselige Liebe überwunden habe“, dachte er.

Grübelnd starrte er vor sich hin. Er sah Josta vor sich, blaß und traurig, im schwarzen Kleide. Und dann zerfloß das Bild, und ein schelmisch lächelnder Mädchentopf gaultete vor seinen erregten Sinnen — Jostas Doppelgängerin. Sie lächelte ihm zu und sah ihn mit strahlenden Augen an.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 9. August 1919.

Das Lehrerkollegium schreibt uns: „In dem Bericht über die Gemeindevorstellung vom 7. August 1919 wird berichtet, daß die durch die Anträge (Ortszulagen) der Lehrer und Teuerungs- zulagen der Gemeindebeamten) sich ergebende Mehrbelastung 600 Mk. betrage. Hierzu sei folgendes bemerkt: Bei einer Ortszulage von 600 Mk., wodurch eine Erhöhung der Lehrer mit den ersten Gemeindevorstellungen herbeigeführt würde, beträgt die Mehrbelastung für alle 18 Lehrpersonen zusammen höchstens 7650 Mk. Bei einer Ortszulage von 900 Mk. erst 11350 Mk. Von der Abwende 32350 Mk. resp. 28650 Mk. ist leicht ersichtlich. Mitteil ist die Behauptung: Die Forderung der Lehrer auf Ortszulage würde eine „hohe“ Belastung bedeuten, nicht stichhaltig. In absehbarer Zeit werden sich einige Lehrer pensionieren lassen und dann wird sich der Betrag schon verringern. Man hat die Gemeindevorstellung noch die Möglichkeit, jüngere Lehrer zu wählen und die Ausgaben allmählich herabzumindern. Bereits seit dem Jahre 1909 haben unsere Nachbargemeinden Biebrich und Wiesbaden Ortszulagen, welche sie, trotz ihrer schlechten Finanzlage, im letzten Jahre auf 900 Mk. erhöhten. Aber auch die Gemeinden des Rhein- und Maingaues haben die berechtigten Wünsche der Lehrer anerkannt und ihnen Ortszulagen bis 900 Mk.

Das Lehrerkollegium.“

Die Störung in der elektrischen Strom- leitung ist, wie jetzt bekannt wird, auf böswillige Zusammenstöße zurückzuführen, die auf dem Schier- steiner Gebiet verübt wurden, in dem Ueberbrückungsdrähte die Hochspannungsleitungen geworfen wurden, wodurch einige Kurzschlüsse verursacht und eine Dampfturbine unbrauchbar gemacht wurde. Das Elektrizitätswerk steht auf die Ermittlung der Täter eine Belohnung von 50 Mark aus.

Von den Rheingauwerken erhalten wir noch folgende Zuschrift: Am 27. Juli d. Js. wurde eine unserer Dampfturbinen zufolge Schaufeldefekt unbrauchbar und somit die Reserve-Dampfturbine in Betrieb genommen. Am 30. Juli und 3. August d. Js. erfolgten im Schier- steiner Gebiet Einwürfe von Ueberbrückungsdrähten in un- sere Hochspannungsleitungen, wodurch heftige Kurzschlüsse hervorgerufen und auch die 2. Turbine unbrauchbar gemacht wurde. Wir können daher nur mit den Kolbendampf- turbinen die Stromversorgung bewerkstelligen und zwar nur, daß wir für das Gewerbe und für die Fabriken stundenweise von früh 6 Uhr den oberen bezw. unteren Rheingau mit Strom beliefern, weil die Erfahrungen ge- haben, daß die Abnehmer sich nicht einschränken.

Kaninchen-Zuchtverein. Der Verein be- schloß in seiner letzten Versammlung mit der Be- rathung der Ausstellung. Der Termin wurde auf den Sonntag im Oktober festgesetzt. Eine Reihe neuer Mitglieder trat dem Verein bei. Es wurde weiter beschlossen, auch die Geflügelzucht wieder zu heben, die ja während des Krieges einen großen Rückschlag erfahren hat, hier Ausstellungen für Geflügel- und Wassergeflügel zu er- richten, wozu der Vorstand mit der Landwirtschaftskammer Verhandlungen einleiten wird. Da auch die Felle der bedeutenden Werterhöhung erfahren haben, soll die Verteilung in eigene Hand genommen und evtl. mit auswärtigen Gerbereien in Verbindung getreten werden, um sie zu Pelz und Leder zurecht zu lassen.

Ein Strandfest veranstaltet der Strandbadpächter, am Sonntag auf dem Strandbad. Vormittags großes Konzert und nachmittags von 2 Uhr ab findet im Strandbadrestaurant statt. Hoffentlich ist die Veranstaltung von gutem Wetter begünstigt.

Der Gewerkschaftsbund kaufmännische Angestelltenverbände Ortsgruppe Biebrich hat der Fabrikantenvereinigung für Uebergangswirtschaft mit dem Verband selbstständiger Kaufleute und Gewerbe- treibenden in Biebrich ein in längeren Beratungen zwischen beteiligten Angestelltenverbänden zustande gekommenes Abkommen überreicht, wonach die Gehaltsverhältnisse der kaufmännischen und technischen Angestellten der Betriebe in Biebrich, Amöneburg und Schierstein neu zu regeln sind. Der Entwurf verlangt einen den heutigen Zeit- verhältnissen entsprechenden Aufschlag von 40—60% zu den bisherigen Bezügen. Die Regelung der einzelnen Sätze innerhalb dieser Aufschlagsgrenze ist der Festsetzung durch eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und den Angestelltenverbänden oder Vertrauensleuten der Einzel- betriebe vorbehalten. Unter Einrechnung dieses Aufschlages ist das neue Einkommen eine Steigerung nach dem Durchschnittsgehalt erfahren haben, wie dies des Näheren in dem Abkommen ausgeführt ist und den heutigen Lebens- verhältnissen entspricht. Erfreulicherweise ist in dem Ab- kommen der Standpunkt gewahrt, daß die Angestellten nach Leistung entlohnt werden sollen, weshalb eine Kategorisierung, wie in anderen Tarifverträgen vorgesehen ist, vermieden wurde. In einer demnächst stattfindenden öffentlichen Ver- sammlung werden die gesamten Angestellten der in Betracht kommenden Betriebe Gelegenheit haben, sich über den Gang der Verhandlungen zu unterrichten und darüber zu äußern. Nach dem die Tarifabschlüsse in Mainz und Wiesbaden die hiesigen Verhältnisse nicht in Berücksichtigung gezogen haben, dazu auch denselben in keiner Weise gerecht werden, ist es wünschenswert, daß die hiesigen Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschlusse führen, um end- gültig zu einem befriedigenden Zustande zu kommen, die sicher sowohl im Interesse der Arbeitnehmer, wie auch der Arbeitgeber selbst liegen.

Wiederaufnahme des Zugverkehrs. Mit Genehmigung der interalliierten Eisenbahnkommission wird der durchgehende Zugverkehr von Mainz und Wiesbaden ab Sonntag, den 10. August d. Js. teilweise wieder aufgenommen. Die amtliche Bekanntmachung er- scheint in nächster Nummer.

Biebrich. Hier wird eine Stadtbank mit 8 Millionen Kapital zur Beschaffung billiger erster und zweiter langfristiger Hypotheken gegründet.

Aus dem Rheingau, 7. August. Bei- hälften der Gemeinden für Rentenem- pfänger. (Die Rostage der Rentenempfänger.) Von Seiten der Rentenempfänger wurde an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eine Eingabe gerichtet zwecks Besserung des Loses der Rentenempfänger. Darauf ist von dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes ein Antwortschreiben eingegangen, worin mitgeteilt wird, daß der Reichsarbeitsminister Bauer erklärt hat, daß er beabsichtigt, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Leistungen nach der Reichs- versicherungsordnung wesentlich erhöht werden, allerdings unter gleichzeitiger Herabsetzung der Beitragsleistungen, welchen Standpunkt der Ministerpräsident ja auch in seiner Programmrede vertreten habe. In dem Schreiben heißt es dann: Genosse Bauer hat jedoch in dem Bescheid auch darauf hingewiesen, daß bis zur Beschlußfassung über einen solchen Gesetzentwurf noch längere Zeit ver- streichen dürfte, weil die Beratungen im Parlament sich nicht so schnell erledigen lassen. Er empfiehlt bis zur endgültigen Regelung der Leistungen den Rentenempfängern in allen Fällen dringender Not die gemeindliche Kriegs- wohlfahrtspflege, die ja noch fortbesteht, in Anspruch zu nehmen. Wer die Kriegswohlfahrtspflege in Anspruch nehmen will, muß einen Antrag bei der Gemeinde ein- bringen und um Zuschuß auf Grund der Verfügung betr. die Wohlfahrtspflege ersuchen. Diese Unterstützung wird der Gemeinde vom Staat erstattet. Sie wird nicht als Armenunterstützung betrachtet und haben die Empfänger dieser Zuschüsse keinerlei moralische oder Rechtsnachteile zu befürchten. — Arbeitsminister Schlichte hat ebenfalls in der Sitzung der Nationalversammlung vom 14. Juli erklärt: Für den Augenblick sind weder die Versicherungs- träger noch das Reich in der Lage, größere Mittel bereit- zustellen. Ich habe daher die fürsorgebedürftigen Rentenempfänger auf die Kriegswohlfahrtspflege verweisen müssen. Außerdem habe ich die Gemeinden, die zum Teil auf diesem Gebiete versagt haben, anweisen lassen, ihre Pflicht zu tun. Im übrigen beabsichtige ich, mög- lichst noch vor der Verlegung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einer erhöhten Für- sorge für die Rentenempfänger Rechnung trägt.

Weinheim. Würde Ben Alkiba heute seinen bekannten Ausspruch: „Alles ist schon dagewesen“, tun, wahrlich, er müßte manchmal Ärgern gestraft werden. Daß sich ein Verpachtungsobjekt um rund 1400 Prozent steigerte, das dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. So geschehen allhier bei dieser Tage stattgefundenen Ver- pachtung des Gemeindekellers.

Vom Mittelrhein, 3. Aug. Was die Ein- führung von Wein aus Frankreich anbelangt, so ist fest- zusetzen, daß noch von französischer Seite Schwierigkeiten in Bezug auf die Ausfuhr von Wein bestehen. Die fran- zösische Regierung hat in neuerer Zeit eine Einschränkung der Weinausfuhr vorgenommen, indem sie anordnete, daß nur Fässer von 220 Liter zur Ausfuhr gelangen dürfen. Die Ausfuhr ist infolgedessen überall unbedeutend, denn gerade von diesen Fässern sind nur sehr wenige vorhanden. Die Einfuhr in Deutschland wird nach der Rückgabe der Zollgrenze von Seiten Frankreichs durch die Verzollung wieder kontrolliert. Die Kontrolle der Einfuhr wird schon auf diese Weise scharfer werden, daß solche Beamte dazu herangezogen werden. Die Kontrolle ist im ganzen be- zogen Gebiete überall scharf genug, um die Weineinfuhr ganz bedeutend einzuschränken und so Deutschland vor einem Uebermaß der Auslandsweine zu bewahren.

Salzenheim, 7. August. Als gestern der Landwirt Gerber seine im Wehrhölzchen gemahlte und auf Hausen gestellte Frucht holen wollte, war der ganze Acker Getreide (zwei Häufen) schon von einem anderen weggefahren worden. Einem anderen Landwirt wurde ein ganzer Acker Kartoffeln vorzeitig geerntet.

Rüdesheim, 6. August. In gestriger Stadt- verordnetenversammlung beschäftigte man sich mit der bevor- stehenden Bürgermeisterwahl. Es wurde beschlossen, die Stelle zur Bewerbung auszusprechen. Man wird bei dem Bewerber großes Gewicht auf „praktische Erfahrung in der Verwaltung“ legen. — An Steuern kommen zur Erhebung: 200 Prozent Staatseinkommensteuer, 200 Prozent Realsteuer und 100 Prozent der Betriebssteuer.

Andernach. Ein 18jähriger Bursche verkaufte seine Schuhe als ihm beim Tanzvergnügen das Geld ausging. Auf Strümpfen torkelte er heim.

Aßeln. Einen guten Gang machte die Kriminal- polizei. Es gelang ihr, auf dem Heuboden eines Hauses in Ehrenfeld ein Schuttlager im Werte von etwa 130000 M. zu entdecken und zu beschlagnahmen. Die Herren- und Damenstiefel stammten aus einem Einbruchsdiebstahl. Sieben Personen wurden dieserhalb verhaftet.

Amtliche Bekanntmachungen.

Betr. Verteilung von Zucker für die Monate Juli und August.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangt im Laufe nächster Woche Zucker zur Verteilung. Die Zucker- karten sind bis Montag morgen 9 Uhr in den Ge- schäften und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Montag morgen 10 Uhr auf Zimmer 1 im Rathause abzugeben.

Der Tagelöhner Heinrich Emmel ist von der Ge- meinde als Hilfsfeldhüter angestellt und vom Herrn Landrat beauftragt worden.

Als gefunden ist gemeldet:

1 Bund Schlüssel.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 8. August 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Bekanntmachung

betreffend Felddiebstähle von Kartoffeln.

In letzter Zeit mehren sich die Klagen aus Kreisen der Landwirte über Felddiebstähle von Kartoffeln auf dem Acker. Ich mache hiermit darauf aufmerksam, daß Personen, die bei derartigen Diebstählen abgefaßt werden, der Staatsanwaltschaft zur strengsten Bestrafung angezeigt werden, ebenso solche Personen, denen derartige Dieb- stähle nachgewiesen werden können. Ich weise das Feldschutzpersonal und die Gendarmerie hiermit an, auf die Felddiebstähle ihr Hauptaugenmerk zu richten und jeden Diebstahl unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. Diejenigen Landwirte, denen Kartoffeln auf dem Acker gestohlen worden sind, haben dies sofort der Orispolizei- behörde ihres Wohnortes anzuzeigen.

Wiesbaden, den 25. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

S. V.: Schmidt.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Nachricht, dass unsere liebe Mutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Friederike Menz Wwe.

geb. Gänssler

gestern Abend 11½ Uhr, im Alter von 71 Jahren, nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden sanft verschieden ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schierstein, Biebrich, den 9. August 1919.

Die Beerdigung findet Montag, den 11. August, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbe- hause, Querstr. 1, aus statt.

Restaurant „Tivoli“.

morgens, Sonntag, den 10. Aug., von nachm. 3 Uhr ab

• Tanzmusik. •

Es ladet hierzu freundlichst ein

August Höhler.

Strandbad.

Sonntag, den 10. August,

Frühkonzert

von 9—12 Uhr.

Mittags

Großer Ball.

Am 30. Juli und 3. August 1919 wurden im Schiersteiner Gebiet Ueberbrückungsdrähte in unsere Hochspannungsleitungen geworfen, wodurch heftige Kurzschlüsse verursacht und eine unserer Dampfturbinen unbrauchbar gemacht wurde.

Wir zahlen Mark 50.— demjenigen, der uns die Drahtentwerfer so namhaft macht, daß Anzeige erstattet werden kann.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.

